

Wer sind wir?

Wir sind Frauen, die in der DDR geschieden und deren rechtmäßig erworbene Rentenansprüche **n i c h t** berücksichtigt wurden!

Mit Einführung des Westrentenrechts (SGB VI) in den neuen Bundesländern beseitigte der deutsche Gesetzgeber ab 01.01.1997 den Eigentums-, Bestands- und Vertrauensschutz für unsere Alterssicherungsansprüche. Er bewirkte damit verminderte Versicherungsrenten und insbesondere eine frauenspezifische Diskriminierung!

Nachdem viele engagierte Frauen seit 1992 vergeblich im Alleingang versucht hatten, auf die Ungerechtigkeit, die unsere Rentenberechnung betrifft, aufmerksam zu machen, haben wir uns 1999 im

„VEREIN DER IN DER DDR GESCHIEDENEN FRAUEN E. V.“ zusammengeschlossen.

Worin besteht die Ungerechtigkeit?

Nach einer Übergangszeit (Rentenüberleitungsgesetz) fanden ab 1997 **weder** die besonderen Regelungen für frauentypische Erwerbsbiographien des DDR-Rentenrechts **noch** Regelungen der Bundesrepublik Deutschland wie Versorgungsausgleich Berücksichtigung.

Wir nach DDR-Recht geschiedenen Frauen sind mehrfach diskriminiert:

- gegenüber den geschiedenen Männern und
- weil wir aus der DDR kommen!

Durch diese Regelungen sind insbesondere wir geschiedenen Frauen aus den neuen Bundesländern hinsichtlich unserer oft prekären Versorgungssituation wesentlich schlechter gestellt als die geschiedenen Männer.

Wir können nicht am gesellschaftlichen Leben, an Kultur und Sport teilnehmen und nicht genug für unsere Gesundheit tun.

Was wollen wir?

Ziel des Vereins ist es, sich dafür einzusetzen, dass die Ansprüche der Frauen auf eine angemessene Rente anerkannt und durchgesetzt werden. Wir fordern eine Lösung entweder in Anlehnung an DDR-Recht oder an Westrecht.

Den nach DDR-Recht geschiedenen Männern wird Bestandsschutz für ihre Rente gewährt. Wir fordern dies für unsere erworbene Rente auch – bzw. einen angemessenen Ersatz.

Damit setzen wir uns für Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein!

Was tun wir?

Wir haben 2011 einen Antrag zu einem Untersuchungsverfahren an den UN-Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frauen gestellt. Auch suchen wir weiterhin Gespräche mit Politikern sowie Kontakte zu den Medien, um mit ihrer Hilfe die Durchsetzung unseres Rechtsanspruches zu erreichen.